



Regierungsratsbeschluss vom 21. Februar 2017

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten»; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

P170212

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement.

Begründung

In ihrer Auswirkung für die Europa- und Migrationspolitik unterscheiden sich die beiden Varianten wenig. Während der erste Gegenvorschlag die Bedeutung – unter Anderem – der bilateralen Verträge betont, legt die zweite Variante mehr Gewicht auf die Komponente der Zeit, die man sich für die Umsetzung, respektive auch für die Verhandlungen mit der Europäischen Union geben will.

Bei beiden Varianten des Gegenvorschlags des Bundesrates wird die aus Sicht von Basel-Stadt problematische Steuerung der Zuwanderung mittels Höchstzahlen und Kontingenten nicht beseitigt. Falls der Bundesrat jedoch nach der Vernehmlassung an einem Gegenvorschlag festhalten will, sollte sich dieser nach Ansicht des Regierungsrats an der ersten Variante orientieren.

